

Laibacher Zeitung.

Nr. 290.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11., halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15., halbj. fl. 7.50.

Samstag, 19. Dezember.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1874.

Pränumerations-Einladung.

Mit 1. Jänner 1875 beginnt ein neues Abonnement auf die „Laibacher Zeitung.“ Wir werden durch reichen und mannigfaltigen Inhalt, durch sorgfältige Redaction des politischen Theiles, durch eingehende Behandlung aller wichtigen Tages-Fragen in Original-Artikeln von unterrichteter Seite, insbesondere durch reichhaltige, thatächliche und kurze Berichterstattung über alle hervorragenden Neuigkeiten des Innern und Auslandes, durch Besprechung der materiellen Landesinteressen, durch schnelle Mittheilung thatächlicher Provinz- und Local-Angelegenheiten, durch Besprechung wichtiger Fragen aus dem Gebiete der Literatur, Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Nationalökonomie, denen die „Laibacher Zeitung“ auch fortan ihre Spalten bereitwilligst öffnen wird, durch Mittheilung von Original-Telegrammen über alle wichtigen Ereignisse, durch neueste, interessante Original-Romane enthaltende Feuilletons theils belehrenden, theils unterhaltenden Inhaltes, durch die Rubrik „Stimmen aus dem Publicum“ zur Kundgebung der Wünsche und Beschwerden, wie bisher, bemüht sein, unserem Blatte ein allgemeines Interesse zu sichern. Die vollinhaltliche Mittheilung der wichtigsten Reichs- und Landesgesetze, Ministerial- und Landes-Verordnungen, wodurch die Anschaffung von Separatausgaben erspart wird; die Schnelligkeit, mit welcher die Verhandlungen des Reichsrathes, Landtages, Gemeinderathes, aller Vereine und Corporationen gebracht werden, dürfen der „Laibacher Zeitung“ den Vorzug vor anderen Blättern sichern. Die Besprechung in allen Rubriken wird eine gemessene und leidenschaftslose, endlich die äußere Form eine anständige sein.

Eine unserer ersten Aufgaben wird es auch im Jahre 1875 sein, die Rubrik „Locales“ mit thatächlichen Berichten über alle in der Landeshauptstadt Laibach und im ganzen Lande Kraïn vorkommenden wichtigen und interessanten Tagesereignisse reichlich auszufüllen.

Wir ersuchen deshalb alle Freunde unseres Vater- und Heimatlandes, alle Freunde des Fortschrittes auf der Bahn der Staatsgrundgesetze, alle wissenschaftlichen, politischen, humanitären Vereine und Gesellschaften um ihre geistige und materielle Mitwirkung zur Erfüllung unseres Programmes und um gesällige Mittheilung von Original-Correspondenzen über besondere Ereignisse und Vorfälle, über die Fortschritte auf den Gebieten der Industrie, des Handels und der Gewerbe aus allen Bezirken des Landes Kraïn, damit die „Laibacher Zeitung“ ein Gemeingut des gesamten Heimatlandes werde.

Wir unsererseits werden alles aufbieten, um die Verwirklichung dieses reellen patriotischen Programmes zu erzielen.

Die Pränumerations-Bedingungen bleiben unverändert:

Ganzjährig mit Post, unter Schleifen versendet
halbjährig dto. dto.
ganzjährig im Comptoir unter Convert
halbjährig dto. dto.

15 fl. — fr.
7 " 50 "
12 " — "
6 " — "

Ganzjährig für Laibach, ins Haus zugestellt
halbjährig dto. dto.
ganzjährig im Comptoir offen
halbjährig dto. dto.

12 fl. — fr.
6 " — "
11 " — "
5 " 50 "

Die Pränumerations-Beträge wollen portofrei zugesendet werden.

Laibach, im Dezember 1874.

Ignaz v. Kleinmayer & Fedor Bamberg.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 11. Dezember d. J. dem Polizeicommissär Joseph Fröhlich in Graz das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Journalstimmen vom Tage.

Die „Oester. Corr.“ schreibt: „In einigen Blättern ist die Nachricht enthalten, daß das Eisenbahaprogramm des Handelsministers, über dessen Inhalt auch einige Details mitgetheilt werden, schon nach den Weihnachtsserien dem Reichsrath vorgelegt werden soll. Wir sind in der Lage, die Details als ungenau und jedenfalls verfrüht zu bezeichnen und anknüpfend an eine vonseiten des Herrn Handelsministers im volkswirtschaftlichen Ausschusse des Abgeordnetenhauses jüngst abgegebene Erklärung hinzufügen, daß mit Rücksicht auf den Umfang der zur Feststellung des Eisenbahaprogrammes erforderlichen Arbeiten wohl nicht daran zu denken ist, daß die Regierung schon im Monat Jänner in der Lage sein werde, die bezüglichen Vorslagen im Abgeordnetenhouse einzubringen. Zugleich glauben wir andeuten zu können, daß die Details, welche bezüglich der Verhandlungen über den Entwurf eines neuen Eisenbahnconcessionsgesetzes durch einen Theil der Presse in Umlauf gesetzt wurden, teilweise der thatächlichen Begründung entbehren, zum mindesten aber gleichfalls als verfrüht bezeichnet werden müssen.“

Die „N. fr. Pr.“ bringt einen Artikel über den Abschluß der Budgetdebatte, die bedeutsameren Momente derselben recapitulierend und nochmals die Ankündigung einer neuen Universität in Czernowitz als eine sehr bemerkenswerthe Thatsache hervorhebend. Auf die mancherlei Resolutionen bei der Debatte hält das Blatt nicht viel, da derselbe Resolutionen gewöhnlich keine ihnen entsprechende Action hervorufen und nicht sonderlich beachtet werden.

Die „Deutsche Blg.“ spricht gegen den nun wieder patronisierten Staatseisenbahnbau. Das Gartensystem sei und bleibe das einzige vernünftige.

Das „N. Fr. bl.“ und das „N. W. Bl.“ sprechen über die Asbolh'sche Broschüre: „Ungarisch-conservative Politik“ und verwiesen den darin proklamierten Conservatismus und die Partei, welche der angebliche Träger derselben sein soll.

Über den Verlauf des Prozesses Arnim schreibt der wiener Correspondent des „Ezaz“, man habe in wie-

ner politischen Kreisen mit Genugthuung erschen, daß Fürst Bismarck selbst in seinen geheimsten Erlässen das Drei-Kaiser-Blündnis gewissermaßen als den Ausgangspunkt aller politischen Combinationen betrachte. Außerdem sei während der ganzen Verhandlung kein einziges Detail zutage getreten, welches im stande wäre, Österreich zu compromittieren. Das Blatt selbst constatiert die Verwunderung einiger wiener Journale, daß, wie sich der Prozeß erwiesen habe, der Zeuge Dr. Landsberg, ein in Paris lebender Deutscher, Journalist und Herausgeber der „französischen Correspondenz“, gleichzeitig der Vertraute der österreichischen und deutschen Volkschaft, sowie des französischen Ministeriums gewesen sei. Diese Überraschung der wiener Journale, schreibt das Blatt, ist für uns überraschend, da doch den wiener Journalen ähnliche Erscheinungen nicht fremd sind. Das Wochenblatt die „Montagsrevue“ befindet sich in ähnlichen Beziehungen, ja es werden bekanntlich ihre berliner Briefe dem preußischen Preßleiter zugeschrieben.

Die „Kölner Blg.“ bemerkt über die Weierung Russlands, Serrano's Regierung anzuerkennen, folgendes: „Der Kaiser von Russland hat dabei seine Abneigung gegen die republikanische Staatsform gezeigt, wenigstens wenn diese in den alten monarchischen Staaten Europa's auftritt; denn mit der großen Republik jenseits des Wassers verträgt sich Russland vortrefflich. Daß ihm auch in Frankreich die Republik wenig Zuneigung und Vertrauen einflößt, hat Kaiser Alexander im vergangenen Frühjahr in Woolwich gezeigt, als er dem kaiserlichen Prinzen zutrunk: „A votre succès!“ Und dieser Umstand, sagen wir, ist für Deutschland günstig. Das neue deutsche Reich hat eigentlich nur Eine große Gefahr zu fürchten. Der Nachdruck des besiegt Frankreichs allein kann uns nicht gefährlich werden, wenn dieses keinen Alliierten findet, und die einzige Allianz, die für Deutschland wirklich zu einer großen Gefahr werden könnte, wäre die, wenn sich unsere beiden großen Nachbarn in Ost und West gegen uns vereinigen wollten. Dazu ist für jetzt und überhaupt so lange Frankreich eine Republik bleibt, wenig Aussicht. Wie Fürst Bismarck in einem soeben im Prozeß Arnim verlesenen bemerkenswerten Schriftstück sagt: die französische Republik ist nicht bündnisfähig!“

Reichsrath.

98. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 16. Dezember.

Präsident Dr. Rechbauer eröffnet um 11 Uhr 20 Min. die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Se. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg, Ihre Exellenzen die Herren Minister: Dr. Freiherr

Kasser, Dr. Vanhans, Dr. v. Stremayr, Dr. Glaser, Dr. Unger, Dr. Ritter v. Chlumecky, Freiherr v. Pretis, Oberst Horst und Dr. Bismarckowski.

Unter den eingelausenen Petitionen befinden sich auch einige, welche Eisenbahnbauten betreffen. Diese werden auf Antrag Bschoks dem Petitionsausschuß zugewiesen.

Abg. Teutsch und Genossen richten an das Gesamtministerium folgende Interpellation: „Ist es wahr, daß die Regierung auf die Einziehung des den italienischen Consuln zustehenden Rechtes der Trauungen hinwirkt und was sind die Ursachen zu einer derartigen Einführung?“

Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Die Regierungsvorlagen, betreffend die Reisegebühren der Delegation, die Veräußerung von unbeweglichem Staatseigenthume dem Budgetausschuß, jene betreffs der Zugeständnisse für die Brzehmöl-Lipkower Eisenbahn dem Eisenbahnaußschuße, jene bezüglich der Regulierung des Narentaflusses einem eigenem Ausschuß von neun Mitgliedern und der Central-Rechnungsabschluß über den Staatshaushalt 1873 wird dem Budgetausschuß zugewiesen.

Dr. Rodler referiert namens des Budgetausschusses über die Resolution Hofers auf Regelung der Stellung des Religionsfondes zum Staate und betont, dieselbe dem confessionellen Ausschuß zuzuweisen; die Resolution Fischers jedoch, die Subvention für katholische Priester dürfe nur im Einverständnis mit dem Ordinariate ertheilt werden und jene Pfälzige auf Gewährung von 20,000 fl. für die Restaurierung des salzburger Domes abzulehnen.

Abg. Lienbacher und Pfügl sprechen sich gegen die Abweisung aus.

Dr. Herbst als Obmann des Ausschusses gibt die Auflösung, daß der Pfälzige Antrag formell und materiell unannehmbar sei, weil die Angelegenheit erst geprüft werden müsse. Die Anträge des Ausschusses werden sodann angenommen.

Die Resolution Cianciala's bezüglich der slavischen Unterrichtssprache im slavischen Theile Schlesiens wird über Antrag Prof. Suesch' nach längerer Debatte abgelehnt.

Die Resolution Steudels auf Auflösung der Bezeichnungsteuer in geschlossenen Städten und der Steuer auf Brennmaterialien wird über Antrag des Abg. Wolfrum in der modifizierten Fassung des Ausschusses angenommen.

Die Resolution des Abg. Roser, den Grenzzollämtern größere Befreiung einzuräumen wird angenommen, die Resolution Heinrichs auf bessere Zigarettenherzeugung angenommen.

Die Resolutionen des Abg. Dr. Plaice, a. Steuerfreiheit für Mercantilschiffe, b. Errichtung einer See-creditgesellschaft und c. Einreihung der Mercantilschiffscapitäne als Seecadeten im Freiwilligendienste, werden a. dem Steuerreformausschusse zugewiesen und b. und c. abgelehnt.

Die Resolutionen Schöffels a. Wiederaufstellung der Wälder, b. Reorganisierung der Forstpolizei, c) Untersuchungen wegen der Neblaus werden a. und b. angenommen, letztere jedoch abgelehnt, trotzdem daß die Abgg. Schönerer und Dr. Kaiser warm für die Annahme plaidierten.

Die Dobshof'sche Resolution bezügs der Förderung der Landeskultur wird in der modifizierten Ausschusssitzung angenommen, jene des Abg. Dr. Roser bezüglich des Bergbaues abgelehnt.

Die Resolutionen über Nachweisung der Reinerträgnisse der subventionierten Eisenbahnen und Beschränkung der Freikarten werden angenommen.

Die Resolution Duschmanns auf Erhöhung der Subvention für den Gründentlastungsfond in Krain wird abgelehnt, und die vom Budgetausschusse beantragte Resolution, deren zweiter Theil einen 20percentigen Zuschlag zu den indirekten Steuern vorschlägt, angenommen. Abg. Duschmann bemerkte vor der Abstimmung des Hauses folgendes:

"Durch den zweiten Theil der vorliegenden Resolution wird indirect eine Sequestrierung der Einkünfte des Landesfonds bezeichnet, indem der kriegerische Landtag bei Berathung des Präliminaires des Landes- und Gründentlastungsfonds bei beiden dieser Fonds eine 20percentige Umlage auf die directen und eine 10percentige auf die indirekten Steuern votiert hat. Es wäre keine verfassungsmäßige Behandlung der Angelegenheiten eines Gründentlastungsfonds, wenn der Reichsrath schon im vorhinein beschließen würde, bei dem kriegerischen Gründentlastungsfonds sei derzeit mit der Sequestrierung des Einkommens des Landesfonds zugunsten des Gründentlastungsfonds vorzugehen. Dieser Antrag sei mit § 88 der kriegerischen Landesordnung schwer vereinbar, wonach Umlagen für Landeszwecke nur, wenn sie vom Landtag beschlossen sind, eingehoben werden können. Ich überlasse es der Erwürfung des hohen Hauses, sagt Redner, ob es ein Act politischer Klugheit ist, in einer noch schwelenden Frage gegen ein Land mit einer so harten executiven Maßregel vorzugehen, welche die Meinung hervorbringen könnte, als wollte der Reichsrath sich das Steuerbewilligungrecht in Landesangelegenheiten aneignen. Indem Redner bemerkte, daß es sich im vorliegenden Falle um den Betrag von 30,000 fl. und zwar nicht um ein Geschenk, das dem Lande gemacht werden solle, sondern um einen Vorschuß handle, der vom Lande zurückgezahlt werden wird, erklärt er, gegen den zweiten Theil der Resolution zu stimmen."

Weiter wird die Resolution Dr. Kopp's, daß in der gemeinsamen Budgetberathung die größtmöglichen Restriktionen vorzunehmen seien, angenommen. Die einzelnen Petitionen werden nach den Anträgen des Ausschusses erledigt.

Bezüglich der Petition der Bezirksrichter um Einreihung in eine höhere Diätenklasse und Verbesserung ihrer materiellen Lage tritt Abg. Dr. Herbst sehr warm für die Bezirksrichter ein, die er für die wichtigsten Beamten des Staates hält.

Das Gesetz, betreffend die Gerichtsbarkeit der Con-

Feuilleton.

Irrsinnig.

Roman von W. Heinrichs.

Neuntes Kapitel.

(Fortsetzung.)

Dr. Prichard war nicht wenig erstaunt, als er den veränderten Entschluß seines hohen Patienten vernahm; jedoch kam ihm dieser unter den jetzigen Verhältnissen sehr gelegen. Er befahl daher dem Kutscher Tom, den Wagen sogleich in den Hof zu ziehen und die beiden Grauen vorzuspannen. Dann verfügte er sich selbst zu seinem Patienten, um ihn zu fragen, ob er ihm Hilfe senden sollte, seine Koffer zu packen; er fand ihn aber schon selbst damit beschäftigt, und da der Lord sich jede Hilfe verbat, so verabschiedete sich Dr. Prichard mit aller Würde, deren er fähig war, ihm viel Glück zu seiner Heimreise wünschend.

Auf der Station in R. angelommen, versügte er sich zuerst in die Ställe und mietete einen vierspannigen Wagen, welcher ihn am Strande erwarten sollte.

Tom, der unterdessen des Doctors Wagen im Hotel untergebracht, hatte dort verschiedene Erkundigungen eingezogen. Er näherte sich jetzt dem Lord mit sehr niedergeschlagenem Wesen.

"Das ist ein böser Umstand, Mylord", sagte er. "Wir werden nichts ausrichten, es ist jetzt hohe Flut, die Pforte der Felsengrotte ist unter Wasser."

"Unter Wasser?" rief Lord Geraldin, wie vom Donner gerührt. "Sind da keine Fenster?"

"Das wohl", versetzte Tom, "aber wenigstens zehn Fuß über dem Wasser."

fuslagerichte in Egypten wird in zweiter und dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Endlich wird das Actiengesetz in dritter Lesung angenommen.

Dr. Roser beantragt, den Bericht über die Petition betreffs der Arbeiterkammern von der Tagessordnung abzusezen, weil das Haus jetzt nicht mehr mit voller Aufmerksamkeit den Verhandlungen folgen würde. Wird abgelehnt.

Dr. Roser beantragt nun Schluß der Sitzung. Wird angenommen.

Parlamentarisches.

Der Bericht der zur Vorbegutachtung des Gesetzes betreffend die Militärversorgung der Personen des k. k. Heeres, der Kriegsmarine und der k. k. Landwehr eingesetzten Specialcommission des Herrenhauses gelangte zur Bertheilung:

Die Commission einigte sich in dem Antrage:

"Das Herrenhaus wolle dem vorliegenden Gesetzentwurf unverändert in der von dem Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung seine Zustimmung ertheilen."

An diesen Antrag knüpft sich jedoch der weitere Vorschlag, daß das Haus zugleich folgende Resolutionen beschließen möge:

1. "Die hohe Regierung wird ersucht, im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung bei dem gemeinsamen Ministerium darauf hinzuwirken, daß denjenigen Militärpersonen, welche in geringen Ruhebezügen stehen und auf welche das vorliegende Pensionsgesetz keine Anwendung findet, eine bleibende Aufbesserung ihrer Ruhebezüge zugewendet werde."

2. "Die hohe Regierung wird eingeladen, das Erforderliche vorzulehren, um im verfassungsmäßigen Wege eine Reform der bestehenden gesetzlichen Einrichtungen inbetreff der Versorgung der von Personen des k. k. Militärs hinterlassenen Witwen und Waisen, in Übereinstimmung mit den diesfalls für die Hinterbliebenen der k. k. Civilstaatsdienner gegebenen Vorschriften, herbeizuführen."

3. "Die hohe Regierung wird ersucht, das Einvernehmen mit der ungarischen Regierung zu pflegen, um womöglich noch in dieser Session bei dem Reichsrath die im § 55 des Wehrgesetzes vom 5. Dezember 1868, R. G. Bl. Nr. 151, vorgesehene Gesetzesvorlage einzubringen, wodurch denjenigen Wehrpflichtigen, welche zum Dienste im stehenden Heere (Kriegsmarine) oder in der Landwehr nicht beigezogen werden können, die Entrichtung einer Wehrsteuer (Militärsteuer) auferlegt wird."

Politische Uebersicht.

Laibach, 18. Dezember.

Der ungarische Justizminister legt einen Gesetzentwurf über Änderung der Institution der Gerichts-Exekutoren vor. — Frankreich im ungarischen Abgeordnetenhouse einen Beschlusshandlung ein, worin der Finanzminister zur schleunigen Verfüzung rücksichtlich der Besteuerung der bisher unbesteuerten Grundflächen aufgefordert wird. — Der ungarische Episkopat hielt in Budapest eine Konferenz ab, welche eine jener periodisch wiederkehrenden Besprechungen kirchlicher Tagesereignisse bildet, die in diesem Frühjahr inauguriert wurden. An der Konferenz nahmen die Erzbischöfe von Kolosza und Erlau, sieben Bischöfe und der

Abt der Prämonstraten unter dem Vorsitz des Fürstprimas theil. Gegenstand der Besprechung war die Haltung, welche den im Zuge befindlichen Arbeiten der lichenpolitischen Commission des Reichstags gegenüber einzunehmen sei; ferner die Frage eines katholischen Tageblattes. Nun telegraphierte man der "N. Fr. Br.", daß die Conference beschlossen habe, gegen den Gesetzentwurf über Religionsfreiheit Stellung zu nehmen; dagegen berichtete man von anderer Seite, die sich in derartigen Fragen stets als wohlungsbereit erwiesen, daß man beschlossen habe, vorläufig eine zuwartende Haltung einzunehmen.

Das Gerücht, daß der preußische Justizminister Leonhardt aus Gesundheitsrücksichten seinen Abschied zu nehmen gedenke, wird von Berlin aus als unbegründet bezeichnet. — Die Redacteure der "Nord. Allg. Blg.", der "Germania" und des "Fremden-Anzeigeblasses" wurden wegen vorgezogener Veröffentlichung der Nullmannschen Anklageschrift zu je 10 Thaler Strafe verurtheilt.

Die russische Presse nimmt von dem Besuch des Prinzen Albrecht von Preußen in Petersburg Anlaß, die sogar im deutschen Reichstage jüngst von Centrumsmitgliedern wieder ausgesprochene Ansicht, als seien die Beziehungen zwischen der deutschen und russischen Regierung erlaßt, aufs bestimmteste zu dementieren.

In Frankreich suchen die ultramontanen und monarchischen Blätter aus den Enthüllungen im Prozeß Arnim Kapital für den Monarchismus zu schlagen; sie deduzieren, daß Frankreich nur durch den Monarchismus gerettet werden könne, da Bismarck in demselben Gefahren für Deutschland erblickt. Im übrigen herrscht unter den französischen Parteien die größte Verwirrung. — Der Gesetzentwurf, welcher jedes Individuum ausländischen Ursprungs, das in Frankreich geboren ist und in seinem Heimatlande die Militärpflicht nicht erfüllt, als Franzosen und der Militärdienstpflicht in Frankreich unterworfen erklärt, wurde in dritter Berathung angenommen. — Die Dreißiger-Commission beschloß, nach den Feiertagsferien zu beantragen, nicht das Gesetz über die Übertragung der Gewalten, sondern das Gesetz über die zweite Kammer auf die Tagesordnung der französischen Nationalversammlung zu setzen. Wenn bis dahin eine Vereinigung der beiden Centren nicht vollzogen ist, so dürfte das Gesetz über den Senat kaum angenommen werden, denn so wie die Sachen heute stehen, werden nicht nur die Republikaner, sondern auch die Legitimisten und Bonapartisten gegen ein Gesetz stimmen, das lediglich dem Interesse der Orléanisten dient. Nach dem vorliegenden Entwurf der Dreißiger-Commission soll die 300 Mitglieder zählende zweite Kammer aus Senatoren von rechts wegen, aus vom Staatschef ernannten Senatoren und aus von den Departemental-Wahlkörpern gewählten Senatoren bestehen. Jedes Departement wählt einen, zwei, drei oder vier Senatoren, je nachdem die Bevölkerung desselben vier-, fünf- oder siebenmal hunderttausend Seelen zählt. Der Departemental-Wahlkörper ist zur Hälfte aus Beamten, Geistlichen und Offizieren und zur Hälfte aus den höchste besteuerten Grundbesitzern und Industriellen zusammengesetzt.

Der "Monde" veröffentlicht anlässlich der Verfolgung der Christen in der Türkei (Hassounisten) eine Prüfung und Kritik des pariser Vertrages und lenkt die Aufmerksamkeit der Signatarmächte des Vertrages vom Jahre 1856 auf diesen Gegenstand.

"So las' uns ein Boot nehmen, wir entführen sie durch das Fenster."

"Aber es ist so klein, daß kaum ein Kinderkopf hindurch kann."

"So schlagen wir eine größere Öffnung in den Felsen."

"Das Fenster ist auch stark vergittert."

"Wir nehmen Bangen mit, die Gitter zu zerbrechen."

"Auch ist es stockfinster."

"Desto besser, so werden wir nicht gesehen. Kurz und gut, Tom", sagte Lord Geraldin entschlossen, "wir wollen jedes Hindernis besiegen. Hier, nimm meine Börse, Tom", setzte er hinzu. "Geh' und kaufe alles Nötige. Ich erwarte dich am Strande, wo ich unterdessen ein Boot aussuchen will."

In weniger als einer Stunde traf Tom mit Lord Geraldin am Strande zusammen, wo dieser einen kühnen Schiffer gefunden, der sich für eine namhafte Summe bereit erklärte, seine Hilfe zu der Unternehmung herzuleihen. Alle drei bestiegen nun das Boot und ruderten vorsichtig am Felsenruder entlang. Der Abend war so dunkel, daß es nicht möglich war, das Loch, welches als Fenster diente, zu entdecken, da es überdies noch mit Flechten und Moos überwachsen war.

"Wir müssen warten, bis die Sterne uns leuchten", sagte der Schiffer, "man kann kaum die Hand vor den Augen sehen."

"O, ich habe auch davon gedacht", sagte Tom und zündete schnell einige Fackeln an, welche er mitgebracht und in das Boot gelegt hatte.

Der Schiffer ruderte nun so nahe wie möglich an den Felsen hinan, während Tom ihm mit den Fackeln leuchtete. Lord Geraldins Augen folgten angestrengt dem

hellten Scheine, doch nicht die geringste Öffnung in dem Felsen war sichtbar.

"Wir müssen das Fenster schon passiert haben", sagte Tom. "Ich erinnere mich dieser gezackten Klippen nicht, die hier vor uns stehen und die doch auf meinen früheren Gängen zur Felsengrotte bemerkte haben müsste."

"So laßt uns umkehren", rief Lord Geraldin; und das Boot wurde zurückgerudert.

"Hört! war das nicht ein Schrei?" flüsterte der Bootsmann. "Ich glaube, man verfolgt uns, man holt uns wahrscheinlich für Schmuggler. — Haben Sie auch Waffen mitgebracht?"

"Da — da schallt es wieder", rief Tom.

"Das war eine weibliche Stimme", versetzte der Lord.

"Wir haben hier keine Loreley", meinte der Schiffer.

"Es war Karolinens Stimme", rief Lord Geraldin, "sie hat uns gesehen, laßt uns halten, daß Fenster muß in der Nähe sein. Ja — ja, sie ist's!" sagte er, vor Freude zitternd — "ich sehe eine weiße Hand — sie weht mit dem Tuche, ha! wir haben sie gefunden."

Das Boot hielt nun dicht unter dem Fenster, eine Leiter wurde angelegt — Lord Geraldin stieg die Sprossen empor und war im nächsten Moment an der Öffnung. "Reichen Sie mir Ihre Hand, Karoline", sagte er hastig, "ich komme, Sie zu befreien. Glauben Sie, daß Sie hier hindurch — aber nein, die Öffnung ist zu schroff. Sie möchten sich verletzen", sagte er mit zärtlicher Besorgnis, "auch ist sie viel zu klein. Reicht mir ein Beil", rief er hinunter.

"Nein, Mylord", sagte Tom, "das überlassen Sie mir, ich war früher Maurer, ich verstehe das besser."

Prozeß Arnim.

(Fortsetzung und Schluß.)

Berlin, 15. Dezember.

Bertheidiger Prof. Holzendorf vertheidigt sich in seiner Erwiderung auf die Rede des Staatsanwalts dagegen, daß er die Legalität des Verfahrens anerkannt habe, und weist auf die Misverständnisse des Staatsanwalts auf dem Gebiete des theoretischen Rechts hin; er weist jedoch die Auffassung des Staatsanwalts, als habe er (Holzendorf) denselben zu nahe treten wollen, zurück, indem er sagt, er steh hier als bairischer Unterthan, habe die Rücksicht auf den preußischen Gerichtshof, der ihn zur Bertheidigung zugelassen, hoch zu schätzen und könne diese Rücksicht nicht mit persönlichen Angriffen auf den Staatsanwalt erwideren wollen.

Bezüglich der Feststellung des Charakters der betreffenden Schriftstücke, welche in der Verhandlung mangelhaft gewesen, erklärt Redner, daß eventuell bei der Verhandlung zweiter Instanz sachverständige Diplomaten zu bernehmen sein würden.

Nach einer unerheblichen Entgegnung des Staatsanwalts folgt das Plaidoyer Döchorns.

Bertheidiger Döchorn geht zunächst auf die Affaire Murroh (betreffend das Telegramm an den „New-York Herald“) und auf die Affaire Ernst (welcher in Paris Landsbergs Bezeugnis beeinflußt wollte) ein und führt aus, daß darüber nichts festgestellt und nichts gegen den Angeklagten zu folgern sei. Bezüglich der Affaire wegen des „Echo du Parlement“ deduziert der Bertheidiger, daß hierin weder ein criminelles, noch ein Disciplinarvergehen liege und Arnim eben nur als Diplomat in einer für jeden Diplomaten verständlichen Weise verfahren habe. Was die Enthüllungen in der wiener „Presse“ angehe, so habe Arnim nichts publiziert, das Staatseigenthum wäre; selbst wenn er das bekannte Promemoria veröffentlicht, was nicht nachgewiesen, so war das sein ausschließliches Privateigenthum, verfaßt zum ausschließlichen Gebrauch Arnims bei dem Verlehe mit den am Concil anwesenden Bischöfen.

Döchorn erwähnt die Festlegungsaffaire Brettsfeld und berichtet seine früheren irrthümlichen Mitteilungen betrifft der Bertheidigung Büchers, von dem heute ein Brief eingetroffen, den der Präsident zur Verlesung bringt. Redner kommt zur Frage, ob dem Angeklagten die That zuzutrauen sei, und erwähnt diesbezüglich die dreißigjährige ehrenvolle Dienstzeit Arnims, der noch im Jahre 1872 durch die Verleihung der Geheimratshwürde ausgezeichnet wurde.

Der Bertheidiger weiß kein vernünftig denkbare Motiv für die angebliche Handlungsweise Arnims, da alle Schriftstücke doppelt vorhanden waren und Arnim sich Abschriften anfertigen lassen konnte. Das angebliche Echtheit Arnims zu weiteren Publicationen sei nicht nachweisbar. Bezüglich der vermissten Papiere sei hervorzuheben, daß keine Registraturordnung für die Botschaften und Gesandtschaften vorhanden war und sei, ferner, daß die pariser Botschaftslocalitäten mangelhaft seien und vielfache Uebelstände in Betracht kämen, welche das Fehlen der Actenstücke entschuldigen. Die kirchenpolitischen Papiere habe Arnim bei der ersten Aufforderung zurückgegeben. Bezüglich jener Papiere, von welchen Arnim das Eigentumsrecht geltend mache, sagt Döchorn, Arnim könne dieselben behalten, bis das aus-

„Nun wohl“, sagte Lord Geraldin, „ich steige hinab. Biegen Sie sich ein wenig zurück, Karoline“, warnte er, „damit Sie nicht etwa ein Stein verwunde.“

Bald darauf hörte man Toms gewichtige Schläge mit dem Mauerhammer.

„Dort lewärts lag ein Boot, das sich uns jetzt zu nähern scheint“, flüsterte der Schiffer. — „Ich wolle wir hätten die Ladu erst in Sicherheit.“

„Fürcht nichts“, rief Lord Geraldin. „Wir besiegen hier keinen Verbrecher. Man hält diese Dame hier widerrechtlich gefangen. Ich schaue nicht das Auge der Gerechtigkeit, ja ich werde der erste sein, es aufzufinden.“

Unter den kräftigen Hieben des braven Tom hatte die Doseyung jetzt eine solche Höhe und Weite gewonnen, daß sie einer biquemen Thür nicht unähnlich war. Lord Geraldin stieg die Leiter hinunter und trat durch die Doseyung in die Zelle. Tom folgte ihm, und im nächsten Augenblicke sah man die beiden jungen Männer mit ihrer so leichten Fülle die Leiter hinunter in das Boot gleiten, dort wurde sie auf ein für sie bereitetes Lager sanft niedergelegt und dann ruberten sie mit Windeschneele dem Ufer zu.

Der Wagen, den Lord Geraldin auf der Station gemietet hatte, stand dort bereit, Karoline wurde hineingehoben, Lord Geraldin setzte sich neben sie und Tom auf den Sock zum Kutscher, und fort gings im gestreckten Galopp bis nach dem Bahnhofe, wo eben ein Zug nach London abging.

Dahin fuhren sie alle drei, um Dr. March, Portman Square, aufzusuchen, an welchen Lord Geraldin schon vorher ein Telegramm abgeschickt, um sich dort anzumelden und ihm zu sagen, daß das verabredete Unternehmen nicht mehr nötig sei.

(Fortsetzung folgt.)

wärtige Amt sie ihm in einem Civilprozeß abgestritten haben wird. Arnim könnte dieselben als Eigentum ansehen; an einem Eigentum sei aber eine Unterschlagung unmöglich.

Der Bertheidiger resumierte schließlich seine Ausführungen dahin: Die zur Sache gehörenden Punkte sind nicht erwiesen; was erwiesen ist, gehört nicht zur Sache. Der Bertheidiger beantragt die Freisprechung des Angeklagten.

Darauf wird die Sitzung bis halb 4 Uhr vertagt.

Die Nachmittagsitzung wird um halb 4 Uhr wieder eröffnet. Der Staatsanwalt repliziert auf das Plaidoyer Döchorns: Murray und Ernst seien in der Anklage nur nebenbei erwähnt. Inbetreff des „Echo“ und der „Presse“ habe er sich auf das früher Gesagte zu beschränken. Döchorns Annahme, er habe Arnim in die Fraction Kullmann versetzt, beruhe auf einem Misverständnisse. Was die Frage nach den Motiven Arnims betreffe, so habe der Angeklagte bei zwei Schriftstücken ausdrücklich selbst erklärt, er habe sie zu seiner Bertheidigung an sich genommen. Ferner habe Holstein eindlich ausgesagt, daß Beckmann dem Botschaftspersonale die Neuerung Arnims mitgetheilt habe: „Man wird mich nicht demissionieren oder zur Disposition stellen, denn ich habe Schriftstücke hinter mir, die Bismarck schwer compromittieren.“ Schließlich seien alle Schriftstücke hochpolitischen Inhaltes; das beweist das ungemeine Interesse der Presse der ganzen Welt für dieselben; der Beweis Bismarcks an Arnim interessiert niemanden.

Der Staatsanwalt weist die Parallele Döchorns zwischen dem Prozeß Waldeck und Arnim zurück.

Döchorn dupliziert, indem er hauptsächlich die Aussage des nicht vereidigten Beckmann ansieht, dessen Abdichtung er eventuell für die höhere Instanz sich vorbehalte.

Der Staatsanwalt lehnt Döchorns Insinuation, den Namen des Fürsten Bismarck in die Debatte gezogen zu haben, ab.

Bertheidiger Mundel gibt eine historische Darstellung der Anfänge des Prozesses. Er erwähnt der Berichte Holsteins, welche mit dem Bewußtsein abgesendet wären, daß sie Bismarck vorgelegt werden würden. Hier liege die Wurzel zu Misstrauen. Eine wohlwollende Vermittlung würde die Ausprägung des Conflictes verhindert haben. Solche Vermittlungsversuche seien Bülow's Briefe an Arnim aber keineswegs.

Redner vermisst im Vorgehen des Staatsanwalts und Richters die nötige Unbesangenhheit, wie sie den Richterstand sonst auszeichnen; er glaubt, daß man unbewußt dem Einflusse einer Denunciation von so hoher Stelle nachgegeben habe.

Redner deduziert, daß Arnim die Schriftstücke nicht habe behalten wollen. Arnim gab 7 bis 8 von dem auswärtigen Amt gar nicht verlangte Schriftstücke zurück; das sei ein schlagernder Beweis, daß Arnim Schriftstücke dieser Art nicht habe behalten wollen. Betrifft der Schriftstücke, an denen Arnim das Eigentumsrecht behauptet, sei ein etwaiger Irrthum Arnims so verzweifelt, daß an einen Dolus nicht gedacht werden könne. Der Begriff öffentlicher Urkunden sei bei einer politischen Depesche eo ipso ausgeschlossen.

Der Staatsanwalt repliziert. Holstein habe nicht den Conflict hervorgerufen. Er weist die Vorwürfe gegen Bülow zurück, nennt die Rücksicht desselben gegen Arnim beispiellos und weist ferner die Behauptung zurück, Staatsanwalt und Untersuchungsrichter hätten unwillkürlich einem gewissen Drucke des auswärtigen Amtes nachgegeben.

Mundel erwidert, indem er ablehnt, daß Bülow Arnims Vorgesetzter sei; daß Bismarck Arnims Vorgesetzter sei, gebe er zu. In einem Schreiben an Arnim habe Bülow ausdrücklich erklärt, er behalte das weitere dem Reichskanzler vor. Die Entscheidung des Reichskanzlers sei aber noch nicht erfolgt.

Graf Arnim erklärt, die Conflictsachenstücke seien für ihn das Grab, in das er eine alte Ingendfreundschaft begrabe. Man werde im übrigen trotz allen Schwachs nichts finden, woraus hervorgehn könne, daß er seinen Instructionen zuwidergehändelt habe. Wenn das alte deutsche Institut des Reinigungsstaates jetzt noch bestände, so würde er diesen Eid leisten und beschwören, daß er keine rechtswidrige Handlung begangen.

Der Präsident erklärt, das Gericht und der Untersuchungsrichter hätten nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt, wie das Sitte des preußischen Richters zu allen Zeiten gewesen ist.

Die Publication des Urtheiles findet Sonnabend, den 19. Dezember, nachmittags 4 Uhr statt.

(Wr. Btg.)

Leistung des Staatschafes zu den Kosten der Regulierung des Murflusses in Steiermark.

— (Dividende.) Die Direction der Nationalbank beschloß, für das zweite Semester 1874 eine Dividende von circa $31\frac{1}{2}$ fl. zu verteilen, was zugleich der im ersten Semester verteilten 29 fl. eine Dividende von $60\frac{1}{2}$ fl. gibt.

— (Bischof Strohmayer) ist in Rom eingetroffen.

— (Nordpol-Expedition.) Das betreffende Comité legte in einem vom 12. d. batirten Rechnungsabschluß seinen Rechenschaftsbericht der Öffentlichkeit vor. Aus diesem Rechnungsabschluß entnehmen wir, daß die Einnahmen für die österreichische Nordpol-Expedition 222,616 fl. 70 kr. die Ausgaben 222,599 fl. 19 kr. betragen, daher ein Nettobetrag von 17 fl. 51 kr. sich als Überschuss ergibt. Für 2000 fl. Silber, von den Spendern zur Auslage für die Mannschaften bestimmt, wurde für 1800 thlr. deutsches Bundesleben gekauft; schließlich wurde dieser Betrag an den Fonds für das Ehrengefecht der Nordpolfahrer abgeliefert. Die Kosten für die Expedition des „Isbjörn“, welcher für die österreichische Nordpol-Expedition auf Novaja-Semla ein Lebensmitteldepot zu hinterlegen hatte, sind in obiger Berechnung nicht mit unbegriffen. Die Kosten hierfür beliefen sich auf 20,451 fl. 96 kr. und wurden ausschließlich von Sr. Excellenz dem Großen Hans Wilczek bestreit. Ebenso hat Sr. Excellenz dem russischen Capitän Woronin, der die Nordpolfahrer von Novaja-Semla nach Barboe überführte, ein Honorar von 1000 fl. übermittelt.

— (Erdäpfel-Soirée.) Am Sonntag den 13ten Dezember wurde vom Lesevereine in Moravitz unter Mitwirkung des Directors der landwirtschaftlichen Lehranstalt in Daubrowitz und der Anstaltsprofessoren ein Erdäpfelfest begangen und hierbei Vorträge über die Nützlichkeit der Erdäpfel im Haushalte und über ihre geographische Verbreitung gehalten. Auf einer eigens vorbereiteten Tafel wurden über 50 Speisen, alle aus Erdäpfeln zubereitet, serviert. Von den Böglingen der daubrowitzer Anstalt wurde überdies an diesem Tage eine theatralische Dilettantenvorstellung veranstaltet.

Locales.

Zur Hebung der Eisenindustrie.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Abgeordnetenhauses beschloß seine Berathungen über die Petition der österreichischen Eisenindustriellen um Inangriffnahme des Eisenbahnbaues mit nachfolgendem, bereits bekannten Resolutionsantrage: „Die Kaiserliche Regierung wird aufgefordert, das in Aussicht gestellte Programm betreffend die Reform des Eisenbahnwesens und den Ausbau des Eisenbahnnetzes mit größter Beschleunigung dem Hause vorzulegen.“

Die eingehende Motivierung dieses Antrages enthält folgende wesentliche Stellen:

„Bei der Erwägung des von den Betrenten vorgeschlagenen Mittels, um der Krise entgegenzuwirken, nemlich einer sofortigen energischen Inangriffnahme des Eisenbahnbaues, konnte der Ausschuss nicht außer Betracht lassen, daß der Eisenbahnbau nicht unterbrochen und daß im Jahre 1875 188 Meilen im Bause sein werden. Freilich wurden in der Periode 1868 bis 1872 in Österreich-Ungarn durchschnittlich 197 Meilen fertig; aber die österreichische Industrie war auch nicht im Stande, den Bedarf an Schienen zu decken und wurden in dieser Periode 8.945,875 Bentner Eisenbahnschienen eingeführt, während jetzt die Eisenbahnschienen-Einfuhr sich auf die Abwicklung früherer Schlüsse beschränkt. Auch durfte nicht übersehen werden, daß der Eisenbahnbau nicht der alleinige Eisenconsumpt und daß mit der Erstärkung der allgemeinen Consumptionsfähigkeit sich der Bedarf an Montanproducten wieder bessern muß und in dieser Hinsicht die Eisenindustrie von denselben Bedingungen wie die übrigen Produktionszweige abhänge.“

Der Ausschuss mußte jedoch bei seinen Berathungen immer wieder auf das Exposé des Herrn Handelsministers vom 23. November d. J. zurückzukommen, weil in demselben die Politik der Regierung in der Eisenbahnfrage ausgesprochen erscheint, umso mehr, weil in Eisenbahnangelegenheiten in erster Linie aus Zweckmäßigkeitsgründen der Regierung die Initiative überlassen werden dürfte.

Nach diesem Exposé erkennt es die Regierung als eine ihrer wichtigsten Aufgabe, die Reform des gesamten Eisenbahnwesens ins Werk zu setzen und für den planmäßigen Ausbau unseres Eisenbahnnetzes Sorge zu tragen, und verspricht, noch im Laufe des Jahres 1875 dem hohen Reichsrath ein detailliertes Programm zu entwickeln.

Auch im Schoße des Ausschusses wurde vonseiten des Handelsministers dieser Standpunkt neuerdings betont und von demselben unter Zustimmung des Ausschusses ausgesprochen, daß die bisherigen Wege verlassen und ein festes Programm zur Richtschnur genommen werden müsse. Ist es wohl möglich, wenn man auch nur einen flüchtigen Blick auf unser Eisenbahnwesen wirft, diese von der Regierung selbst freimüthig anerkannte Nothwendigkeit, künftig nach einem System vorzugehen, zu verkennen?

Die Betrenten selbst sagen in ihrer Petition: „Unser Eisenbahnwesen kann nur durch starke Befestigung

Tagesneuigkeiten.

— (Gesetzesvorlagen.) Sr. Excellenz der Herr Minister des Innern Freih. v. Lasser legte auf Grund Allerhöchster Ermächtigung folgende zwei Gesetzesentwürfe zur verfassungsmöglichen Behandlung vor: 1. Einen Gesetzesentwurf betreffend die Erweiterung des Beginnes des Rückzahlungstermines für die auf Grund des Gesetzes vom 10ten Juni 1872 den, durch die Überschwemmung im Frühjahr 1872 heimgesuchten Bezirken und Gemeinden des Königreichs Böhmen aus Staatsmitteln erfolgten unverzinslichen Vorschüsse. 2. Einen Gesetzesentwurf betreffend die Beitrags-

fremder Capitale ins Leben gerufen werden. Wird nun das österreichische Eisenbahnwesen, sei es durch Schulden der Unternehmer oder sonstiges Verschulden discredited, so flockt der Zufluss — ja es findet ein Zurückströmen der Eisenbahnpapiere statt und es resultiert ein völliges Stocken der Thätigkeit im Eisenbahnwesen. Diesen wunden Punkt zur Heilung zu bringen, ist mit allen Mitteln anzustreben." Sie hoffen aber selbst nicht, daß dieses sobald geschehen kann und bleibt daher nach ihrer Ansicht nur dem Staate die Aufgabe. Damit anerkennen die Eisenindustriellen selbst die Notwendigkeit der Reform in Ausehung der Privatbauten; nur glauben sie irrtümlich, daß damit der Anfang gemacht sei, mit einem Beschlusse des Budgetausschusses durch Annahme des Antrages die Staatssubventionen der vom Staat garantierten Bahnen zu erhöhen, indem sie diesem Beschlusse eine andere Bedeutung unterlegen, als er wirklich hat. Ein Programm ist aber nicht nur notwendig, wenn Privatkapitalien herbeigezogen werden sollen, ist es ebenso notwendig, wenn der Staat bauen soll. Wenn Bahnen gebaut werden, die nicht die Betriebskosten tragen, wenn Conurrenzbahnen gebaut werden, wodurch die Rentabilität der alten ruiniert und die Lebensfähigkeit beider in Frage gestellt wird, während volkswirtschaftlich gerechtfertigte Linien hintangesetzt werden, und wenn eine Reihe anderer Nebenstände fortduern würde, so würde der Staatsbau bald ebenso, wenn auch in anderer Richtung discredited werden.

Ein Eisenbahnprogramm muß daher den weiteren Beschlusssungen vorangehen und es wäre ein unstatthafter Widerspruch, die Notwendigkeit eines Eisenbahnprogramms anzuerkennen und doch, ehe es vorliegt, Eisenbahnvorlagen zu begehen, um einen energischen Angriff des Eisenbahnbaues zu bewirken, und es war somit dem Ausschusse die Grenze von selbst bezeichnet, die er nicht überschreiten konnte, ohne mit sich selbst in Widerspruch zu gerathen. Wie verschieden nun auch die Ansichten sein mögen, ob die von den Eisen-Industriellen begehrte sofortige energische Inangriffnahme des Eisenbahnbaues aus staatlichen Rücksichten zulässig oder durch die allgemeine Lage und volkswirtschaftlichen Interessen geboten sei — alle müssen sich doch in dem berechtigten Wunsche vereinigen, daß das versprochene Programm sehr bald vorgelegt werde. Ein Programm, das so große Interessen berührt, welches für unsere volkswirtschaftliche Zukunft von so großer Bedeutung sein wird, einmal versprochen, soll auch nicht lange der Discussion entzogen bleiben, damit die großen Interessen, welche an dasselbe geknüpft sind, nicht gefährdet, sondern zur Realisierung gelangen können. Erst nach dessen Genehmigung kann man entweder die sofortige energische Inangriffnahme des Eisenbahnbaues mit Grund begehen oder sie mit Grund verweigern.

Nachdem die Volksvertretung zwei große Gesichtspunkte leiten müssen: die Förderung der volkswirtschaftlichen Interessen und die Erhaltung des Staatscredites, wird sie erst nach Vorlage des Programms entscheiden können, ob in Anwendung auf das Begehr der Petenten sich beide Rücksichten vereinigen oder ob für die nächste Zeit die eine oder die andere unterordnet werden müsse."

— (Aus dem Sanitätswochenberichte des Laibacher Stadtphysikates) vom 6. bis inclusive 12. Dezember 1874 entnehmen wir folgendes:

I. Mortalität: Dieselbe war eine ziemlich bedeutende. Scharlach und Diphtheritis vorherrschend, letztere in dieser Woche wieder eine geringe Zunahme manifestierend, außerdem entzündlich-tatarrhalische Zustände der Respirationorgane ziemlich häufig, vereinzelt Typhoid und Variolosen.

II. Mortalität etwas geringer als in der Vorwoche. Es starben neulich 18 Personen (gegen 20 in der Vorwoche.) Von diesen waren 10 männlichen und 8 weiblichen Geschlechtes, 11 Erwachsene und 7 Kinder, so daß das männliche Geschlecht und die Erwachsenen überwiegend an der Sterblichkeit partizipierten.

Im ersten Lebensjahr starben an Friesen 2 Kinder; vom 2. bis 20. Jahre starben 6 Personen, an Diphtheritis 4, an Herzfehler und Lungenlähmung je 1 Person;

vom 20. bis 60. Jahre starben 7 Personen, und zwar an Lungenlähmung und Tuberkulose je 2, an Bauchfellentzündung, Lungenödem und Typhus je 1 Person;

über 60 Jahre alt starben 3 Personen, an Lungentzündung, Lungenlähmung und Wassersucht je 1 Person.

Als häufigste Todesursache traten auf: Diphtheritis und Lungenlähmung je 4mal, (in der Vorwoche Diphtheritis auch 4mal) d. i. 22.2%, Friesen und Tuberkulose je 2mal, d. i. 11.1%, Herzfehler, Lungenentzündung, Typhus &c. je 1mal, d. i. 5.5% aller Verstorbenen.

Im Civilspitale starben 5 Personen, im Elisabeth-Kinderhospital 1 Kind, in der Stadt und den Vorstädten 12 Personen.

Diese verteilen sich wie folgt: Innere Stadt 3, St. Petersvorstadt 2, Polanavorstadt 2, Kapuzinervorstadt 2, Gradiškavorstadt 1, Krakau- und Ternauvorstadt 2, Karlsfäßtervorstadt und Hühnerdorf 0, Moorgund 0.

— (Personalausricht.) Dem l. l. Hauptmann erster Klasse, Herrn Clemens Ebert, des Infanterie-Regiments Freih. v. Kuhn Nr. 17, wurde anlässlich dessen nach dem Superarbitrierungsbefunde als ganzinvalid

erfolgender Übernahme in den bleibenden Ruhestand, der Majors-Charakter ad honores mit Nachsicht der Toze verliehen.

— (Das zweite Concert der philharmonischen Gesellschaft), findet Sonntag den 20. d. abends um 7 Uhr im landschaftlichen Redoutensaale statt. Programm: I. C. Reeuwer, "Das Felsenkreuz", Männerchor. II. Fr. Grätzmacher, "Ungarische Fantasy" für Violoncello mit Begleitung des Pianoforte, vorgetragen von Herrn Moritz Weizner. III. R. Hagen, "Frühlingszeit", Männerchor. IV. R. Fuchs, Serenade, D-dur: a) Andante; b) Tempo di menuetto; c) Allegro scherzando; d) Adagio; e) Allegro; für Streichorchester. V. a) W. Becht, "Die kleine Anna"; b) H. Marschner, "Ja du bist mein", Lieder, gesungen von Frau Marie Pojocnig. VI. L. Nedvěd, "Gute Nacht", Männerchor mit Baritonsolo, letzteres gesungen von Herrn Josef Schulz. VII. a) R. Schumann, "Träumerei" aus den Kinderszenen, arrangiert von Jeermann; b) W. Taubert, "Liebesliedchen", für Streichorchester; das Solo in "Träumerei" gespielt von Herrn Joh. Gerschner. VIII. Tel. Mendelssohn-Bartholdy, "Die Morgenwanderung", Männerchor. — Der Eintritt ist nur den Vereinsmitgliedern gegen Abgabe der auf Namen lautenden Eintrittskarten gestattet. — Da nach § 10 der neuen Statuten Familien das Recht zum Eintritt für drei in gemeinschaftlicher Haushaltung lebende nicht selbständige Angehörige zusteht, so wolle für jedes weitere an den statutenmäßigen musikalischen Aufführungen teilnehmende Familienmitglied eine separate Eintrittskarte beim Herrn Vereinstäffer Karl Karlinger gegen Entrichtung des statutenmäßigen Jahresbeitrages von 1 fl. gelöst werden.

— (Aus dem Vereinsleben.) Die Citalica in Altenmarkt bei Laas hält am Sylvesterabende ihre Generalversammlung ab. Derselben folgt eine Abendunterhaltung, bestehend aus der Aufführung eines Theaterstückes, mehrerer Gesangsspiecen, aus einer Tombola und Lotterie. Am 17. Jänner und 7. Februar f. J. finden Tanzunterhaltungen statt.

— (Attentat.) Am 13. d. wurde der in Wrist, Bezirk Umgebung Laibach, beurlaubte Johann Modic, Soldat des 5. Dragonerregimentes, in einem Stalle zu Matena von Matthäus und Franz Eber aus Matena arg mishandelt und erschlagen durch mit einem stumpsfältigen Werkzeug auf seinen Kopf geführte Schläge eine schwere körperliche Beschädigung. Die gerichtliche Anzeige hierüber wurde erstattet.

— (Selbstmord.) Am 14. d. um 6 Uhr morgens wurde der 38 Jahre alte erwerbsunfähige Josef Krall in dem Stalle des Grundbesitzers Martin Skrajanc in Glinic, Bezirk Umgebung Laibach, erhängt aufgefunden. Den Erhebungen zufolge hat sich Krall in einem Anfälle von Irresein selbst erlebt.

— (Theater.) Görner's prächtiges Lustspiel "Tanten Unverzag" unterhielt uns gestern bestens. Frau Blumenthal führte die Titelrolle äußerst gemäßigt, in Erinnerung an die glückliche Zeit des Lenzes und der Liebe mit Wärme, im letzten Acte, in welchem "Tante Unverzag" ihrem Schwager "Bach" mit eminentener Bungensertigkeit und Energie an den Leib tritt und den schlauen Fuchs "Rath Pilzig" in die Falle lockt, vorzüglich aus. Der Charakter des "Rath Pilzig" kann wohl keinen besseren Darsteller finden, als Herrn Director Kozly. Der Frau Blumenthal und Herrn Kozly wurde die Ehre des Herborusses zuteil. Einige kleine Brüder beim Inszenieren ausgenommen, spielte sich das ganze recht lebendig ab; es befanden sich namentlich die Rollen des Majors v. Weißkopf (Herr Erfurth) und jene der Ida (Tel. Krüger) in guten Händen. Das Publicum verließ befriedigt das Haus.

— (Aus dem Schwurgerichtssaale) Martin Bima aus Obergörtschach wurde vom laibacher Gerichtshofe am 7. d. wegen Verbrechens der schweren körperlichen Beschädigung, verletzt an Georg Tonejc, zur Aussetzung einer fünfjährigen, mit Fasten verschärften schweren Kerkerstrafe verurtheilt. — Der Pfarrer Michael Bogulin aus Poloma bei Gottschee wurde vom Gerichtshofe in Rudolfswerth des angeklagten Verbrechens der Siccung der öffentlichen Rühe für nichtschuldig befunden.

— (Verlosungs-Kalender.) Besitzer von Lospapieren machen wir auf Fromme's praktischen "Verlosungs-Wandkalender" für das Jahr 1875 aufmerksam. Dieser Verlosungskalender enthält eine übersichtliche Darstellung derziehungstage, der Nominalwerthe, der größten und kleinsten Treffer sowie der Gewinn-Auszahlungstage sämtlicher österreichisch-ungarischen und in Österreich-Ungarn concessionierten ausländischen Lotterie-Effekten. In Laibach zu beziehen durch die Buchhandlung v. Kleinmayr & Bamberg.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der "Laibacher Zeitung.")

Wien, 18. Dezember. Abgeordnetenhaus. Der Unterrichtsminister beantwortet die Interpellation wegen Ausführungsbestimmung zu den confessionellen Geschenken dahin, daß die Vorarbeiten zur Regelung des Patronatswesens wegen massenhaften Materials nur langsam vorwärtschreiten; dasselbe gilt von der Reform der katholisch-theologischen Facultäten. — Längere Debatte über Wahlverificierung der Abgeordneten für den oberösterreichischen Großgrundbesitz, wobei prinzipiell entschieden werden soll, ob geistlichen Nutzniefern das

Wahlrecht zustehe. Herzst betont, die Frage berühre die Regierung nicht direct, sei vielmehr innere Angelegenheit des Abgeordnetenhauses und nur vom Rechts-, nicht vom politischen Standpunkte aus zu entscheiden; nach dem Rechtsstandpunkte siehe geistlichen Nutzniefern das Wahlrecht nicht zu. Minister Unger weist auf Grund streng juristischer Argumente und unter Erklärung der berühmtesten Rechtslehrer nach, daß das geltende Recht vollkommen und buchstäblich den geistlichen Nutzniefern das Wahlrecht gewähre. Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Annullierung der Wahlen des oberösterreichischen Großgrundbesitzes mit 120 gegen 116 Stimmen angenommen.

Berlin, 18. Dezember. Der Reichstag gab Bismarck ein Vertrauensvotum, indem er den Antrag Windhorsts auf Streichung des Geheimfondes für das auswärtige Amt mit 199 gegen 71 Stimmen des Centrums und der Socialdemokraten verwarf. Die Abstimmung ward mit stürmischem Beifalle angenommen.

Telegraphischer Wechselcours

vom 18. Dezember

Papier-Rente 69.90. — Silber-Rente 74.85. — 1860er Staats-Anlehen 109.60. — Bank-Aktionen 999. — Credit-Aktion 237.50. — London 110.70. — Silber 106. — R. f. Münz-Daten — Napoleonshör 8.91 $\frac{1}{2}$.

Wien, 18. Dezember. 2 Uhr. Schlüsse: Credit 287.50, Anglo 144.25, Union 115.50, Francobank 57.50, Handelsbank 70.50, Bereichsbank 20.50, Hypothekarrentenbank 12. — allgemeine Bausgesellschaft 26.25, Wiener Baubank 42.50, Unionbaubank 29.75, Wechslerbaubank 14. — Brigittenauer 9.50, Staatsbahn 309.75, Lombarden 128.50, Communallose —. Ermatteit.

Verstorbene.

Den 12. Dezember. Michael Prosenec, Marktaufseherkind, 3 Monate 12 Tage, Gradiškavorstadt Nr. 9, Convalescent. — Kafar Doberer, Realitätsbesitzer, 73 Jahre, Ternauvorstadt Nr. 31, Lungenlähmung. — Anna Welser v. Neutburg, f. f. Hofgesellschafterin, 72 J., Krafauvorstadt Nr. 3, Wasserfucht. — Maria Dobnikar, Arbeiterin, 73 J., Civilspital, Wasserfucht.

Den 13. Dezember. Antonia Kalisek, Tagelöhnerstochter, 6 Jahre, Elisabethkinderhospital, Polanavorstadt Nr. 67, Morbus Bryghtie. — Anna Krehan, f. f. Lotto-Collectantengattin, 52 J., Stadt Nr. 191, Entartung der Unterleibssorgane. — Johann Bovl, Arbeiter, 40 J., Civilspital, Lungenentzündung.

Den 15. Dezember. Georg Keber, Arbeiter, 66 J., Civilspital, Wasserfucht.

Den 16. Dezember. Ursula Hvala, Verküferin, 72 J., Civilspital, Brustwasserfucht. — Maria Mehle, Arbeiterin, 4 J., Hühnerdorf Nr. 22, Lebenschwäche. — Anna Hermann, f. f. Postbeamtenstochter, 6 J. u. 9 M., Ternauvorstadt Nr. 4, Blachenbrüne.

Den 17. Dezember. Mariana Erjavec, Institutssame, 74 J., Versorgungshaus Nr. 4 und Josefa Safran, Schuhmacherswitwe, 78 J., Stadt Nr. 126, beide an Alterschwäche. — Anna Osimitsch, Private, 75 J., Kapuzinervorstadt Nr. 72, Leberentartung.

Theater.

Heute: Graf Ester. Historisches Drama in 5 Akten von Dr. Heinrich Laube.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Zeit	Beobachtung	Rauhmettermessung auf Wohltemperatur	Lufttemperaturmessung	Wind	Wetter	Regen	Wasserfucht
6 U. Mg.	734.05	— 3.2	NW. f. schw.	Schnee	4.5		
2 " M.	734.45	+ 0.5	W. schwach	ganz bew.	Schnee,		
10 " Ab	737.05	+ 0.4	windstill	ganz bew.	Regen,		

Morgens und vormittags Schneefall, nachmittags etwas Regen, abends ganz bewölkt. Das Tagesmittel der Temperatur — 0.7°, um 0.9° über dem Normale.

Berantwortlicher Redakteur: Ottokar Bamberg.

Wir empfehlen als zu

Festgeschenken

besonders geeignet:

Original-Photographien älterer Meisterwerke aus der dresdner Galerie und hervorragender Meisterwerke der Neuzeit

in zwei Größen:

Extraformat Blattgröße 31 : 44", Bildgröße 25 : 33". Imperialformat Blattgröße 25 : 31 $\frac{1}{2}$ ", Bildgröße 15 $\frac{1}{2}$: 18 $\frac{1}{4}$ ". Preis per Blatt Extraformat fl. 25.50. Imperialformat 6.80.

Ig. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg's Buchhandlung, Sternallee.

Allen Freunden und Bekannten die betrübende Nachricht, daß unser einziges Kind

Emil

im Alter von 15 Monaten gestern abends 9 Uhr der Nierenbrüne erlag.

Laibach, am 19. Dezember 1874.

Franz Rossmann,
f. f. Landeszählungs-Beamter.